

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Zentrale: Hannover 57613
Telefon-Nr.: 24171

Der Abonnementspreis beträgt durch den Vorkauf oder durch die Post bezogen monatlich 10000 Mark. — Preis- und Geschäftsangelegenheiten werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudy, Bochum. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Biemelshäuser Straße 38-42

Telefon-Nummern: 88, 89, 98
Telegraphisch: Mittelverband Bochum

Die Herstellung unseres Verbandsorgans gestört!

Die vorliegende Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ konnte nur zweiseitig herausgegeben werden aus folgenden Ursachen: Bochum wird von Zeche Hannover 8 und 4 mit Gas versorgt. Die Zeche haben die Franzosen besetzt und an die Belgier das Aufhaken gesetzt, für die Befugung zu arbeiten (siehe auch nachfolgenden Beitrag). Die Belgier haben die Aufhaken abgeholt. Die Zeche liegt also still und die Gasherstellung ist unterbrochen. Unsere Schmelzmaschine, die mit Gas geheizt wird, ist also außer Betrieb. Unsere Zeitung muß mit Gas aus dem Ausland hergestellt werden und unsere Zeitung ist auf einen großen Gasverbrauch nicht eingestellt. Wird die Befugung der Zeche Hannover aufrecht erhalten, so müssen unsere Leser leider damit rechnen, daß sie auch in den nächsten Wochen nur eine zweiseitige Zeitung bekommen.

In hochgepanneter wirtschaftlicher Not

tritt der Abwehrkampf an der Ruhr in eine neue Phase ein. Während in Frankreichs Gewaltverhältnissen nicht gelungen, das Ruhrgebiet für sich auszubehaupten. Sie zehrten mühsam an den vorhandenen Kohlen- und Erzvorräten und die Abfuhr hat kaum je ein Drittel der früheren freiwilligen Lieferung erreicht. Jetzt versiegt auch dieser Quell, die Halbenbestände sind angebraut und die Kohlenabfuhr hat ganz aufgehört. Auf den Zechen lagern keine nennenswerten Mengen mehr und die beschlagnahmten Vorräte auf den Hüttenwerken spielen bei der großen täglichen Verbrauchsziffer Frankreichs gar keine Rolle.

Aus Frankreich selbst kommen Meldungen, daß es keinen Kohlen mehr gibt zum Abtransportieren. Nach dem „Journal industriel“ sieht die versiegender Abfuhr wie folgt aus:

Es sind in Frankreich über Schrang bei Trier eingetroffen:	
am 13. Juli 804 To.	am 17. Juli 1005 To.
14. " " "	18. " 1768 "
15. " 1160 "	19. " 940 "
16. " 2223 "	20. " 790 "
Über Aachen kamen an:	
am 13. Juli 376 To.	am 17. Juli 784 To.
14. " 17 "	18. " 390 "
15. " " "	19. " " "
16. " " "	20. " 30 "

„Das stellt“, so fügt das Blatt hinzu, „für die Berichtswochen im ganzen 10 988 To. Kohlen dar, an einem Tage durchschnittlich 1370 To. Wird diese prekäre Lage uns so weit bringen, daß wir uns von neuem an die Engländer und an die Amerikaner wenden müssen, bei dem heutigen Kurse des Pfundes Sterling und des Dollars wäre dies zu kostspielig.“

Der oben errechnete Tagesdurchschnitt ergibt einen Monatsdurchschnitt von 42 470 To., während der Monatsdurchschnitt 1922 freiwilliger Lieferung 458 025 To. Kohlen betrug. Zu beachten ist dabei, daß der Abtransport immer weiter rapide sinkt und der errechnete Monatsdurchschnitt bei weitem nicht erreicht wird. Die österreichische Güterindustrie ist jedoch auf den Ruhrkohlen angewiesen und selbst in den Tagen flotten Abfuhr gelang es nicht, die Hochöfen in früherer Anzahl betriebsfähig zu halten. Der Kohlemangel wird jetzt von Tag zu Tag empfindlicher und die französischen Industriemagnaten verlangen von ihren Generalen an der Ruhr sichtsiche Erfolge.

Jetzt versucht man, die Bergwerke und Kolonien in die Regie der Militärverwaltung zu übernehmen. Bei Redaktionschluss waren uns 16 Gruben teils als besetzt gemeldet oder es wurde an die Belgier ein Ultimatum gestellt, für die Befugung Kohlen zu fördern und Kohle zu erzeugen. Die Belgier lehnen diese Zumutung ab und es wird ihnen das Betreten der Werke verboten. Auf der Zeche Heinrich Gustav bei Langendreer ließ man den Kameraden nicht einmal Zeit zur Mitnahme ihrer Grubenfelder. Was aus diesen Gruben werden soll, wissen wir augenblicklich noch nicht. Es ist klar, daß bei völliger Ausperrung der Belgier die Grubenmaschinerie zum Stillstand kommt, Pumpen und Ventilatoren stehen aus, die Gruben erfassen, die Strecken brechen zusammen.

Und diese neue Phase des Ruhrkampfes findet Deutschland und insbesondere die Ruhrarbeiter in schwerster wirtschaftlicher Not. Die französisch-belgischen Machthaber erhoffen im Glend der Ruhrarbeiterschaft einen Bundesgenossen, welcher ihnen zum Ziel verhelfen soll: Ausbeutung des Ruhrgebietes! Daß sie den Verfall der deutschen Wirtschaft mit allen Mitteln gefördert haben, kann man von ihrem Standpunkt verstehen. Aber was haben unsere bürgerlichen „Fachminister“ getan, um dies illusorisch zu machen? Ihre Fachkenntnis steht vor uns nackt und bloß; graues Elend! Wir haben gedrängt, gefordert, daß die Mittel zum Abwehrkampf aus leistungsfähigen Quellen — diese sind doch vorhanden! — aufgebracht werden müssen. Es geschah nicht. Die Regierungskunst äußerte sich in einer fabelhaften Steigerung der Papiergeldherzeugung und somit Entwertung der Mark.

Die Ruhrarbeiterschaft steht vor einer gähnenden Leere. Die Säger und Läden sind anverkauft und das lauffähige Pupplum, welches nicht der Arbeiterschaft angehört, läuft alles noch Greifbare der Masse vor der Nase weg. Auch der Wucher feiert unerhörte Orgien. Der vor uns stehende, auf äußerste gespannte Kampf erfordert die Anspannung aller Nerven; sie versagen wo der Magen leer ist. Neben dem schon vorhandenen Notleidenden steigt das Elend und die Erbitterung infolge steigender Entwertung der viel zu spät zur Auszahlung gelangenden Löhne.

Infolge ihrer Machtlosigkeit gegenüber dem passiven Widerstand greifen vor wie nach die Befugungsmächthaber blindwütig zu den verworfensten Mitteln. Vor den Augen der Kulturwelt gebrauchen sie die raffiniertesten, brutalsten Foltern gegen die Bevölkerung, um sie zu quälen, zu zermürben. In letzter Zeit menden sich ihre blinde Wut gegen unseren Verband. Betriebsräte und Funktionäre werden künstlich verhaftet, gequält und ausgewiesen. Im Nachener Bezirk haben die Belgier alle unsere Funktionäre eingesperrt. Ein trasses Beispiel blinder Wut ist die Verurteilung unseres Bezirksleiters Unverricht und Bezirkskommissionenmitgliedes Buschor aus Gladbeck (letzterer ist schweizer Staatsangehöriger) wegen Kolportage verbotener Zeitungen zu je 3 Monaten Gefängnis und 1 Million Mark Geldstrafe. Sie haben gar keine verbotene Zeitungen kolportiert, sondern unsere „Bergarbeiter-Zeitung“ verteilt, welche im Einbruchgebiet nicht verboten ist. Was frägt die Militärjustiz danach, sie braucht Opfer, um die Rache wegen der eigenen Machtlosigkeit zu kühlen.

Alle diese Brutalitäten werden die Arbeiterschaft nicht beugen, wenn sie der Hunger nicht zwingt!

Die französisch-belgischen Machthaber haben auf diesen Zwinger ihre Rechnung eingestellt. Sie lassen kein Mittel unversucht, um die schon vorhandene Not zu vergrößern. Sie bereiten Schwierigkeiten, um die Lebensmittelzufuhr möglichst zu unterbinden, beschlagnahmen Lohn- und Unterstützungsgelder, um die Arbeiter und Unterstützungsberechtigten direkt zu treffen. Sie verschleppen die Lösung der Reparationsfrage in der Erwartung Deutschlands völligen Zusammenbruchs. Die bestehende Not spornt sie zu diesem ihrem Vorgehen an.

Poincarés Schön- und Sonntagreden von der Erfüllung des Friedensvertrages sind offensichtliche Täuschungsmanöver. Nicht Neben, sondern Laten verraten das eigentliche Ziel der Poincaristen: Vernichtung des konkurrierenden Deutschland und Zerreißen des Bundes. Soll dieses nicht gelingen, so muß die würgende Not von der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft abgewendet werden. Dieses ist Pflicht und Aufgabe der Regierung. Schleunigst muß sie ihre Fehler, soweit dieses noch möglich, gut machen. Sie muß die Mittel schaffen, nicht durch schnelleres Drehen der Notenpresse, sondern durch Heranziehung des in Privat Händen stehenden Kapitals. Man unterlasse alle Schönredereien. In wenigen Tagen muß Hilfe kommen.

Löhne im Bergbau.

Ab 2. August werden die Löhne für das Ruhr-, Kölner und Nachener Gebiet um 110 Proz. erhöht, für den Zöbener Bergbau um 95 Proz. und für den übrigen Kohlenbergbau Deutschlands um 90 Proz. Das besetzte Gebiet ist mit einem höheren Prozentsatz bedacht worden, weil dort ein höherer Teuerungsindeks festgestellt wurde. Diese Erhöhungen haben bis zum 4. August Gültigkeit. Für die folgende Zeit sind neue Verhandlungen angesetzt.

Einflüchtlich Soziallohn für die einzelnen Bezirke wie folgt:

Ruhrgebiet	340820 Mk.	Mitteldeutsche Braunkohle:	
Kölner Braunkohle	305480 "	Kernzevier	191736 Mk.
Nachener Revier	304820 "	Kandrevier 1	176451 "
Ob-Schlesien	211450 "	Kandrevier 2	172535 "
N-Schlesien	194258 "	Bayern:	
Sachsen	204502 "	Steinkohle	185282 "
N-Sachsen	191711 "	Bekohle	191805 "
Zöbener Revier	203821 "	Braunkohle	179227 "

Lehnt die Demonstrationen ab!

Wenige Tage vor den geplanten kommunistischen Antifaschisten-Demonstrationen veröffentlichte der Vorstand des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes einen Aufruf an die Mitglieder. Wir veröffentlichen diesen noch nachträglich, weil die Gefahr eines faschistisch-kommunistischen Putschs noch nicht geschwunden ist und der Aufruf sehr beachtenswert ist. Er lautet:

Gewerkschaftsmitglieder!

In diesen Tagen, da die Regierungen im Notenaustausch wegen der Lösung des Reparationskonflikts und der Jurisdiktion der Ruhrbesetzung stehen, wissen Fanatiker der extremen Rechten und Linken nichts anderes zu tun, als ihre Kreise zu erhörter Aktivität aufzureizen, sich gegenseitig den Bürgerkrieg anzukündigen und den gewaltigen Ausbruch der politischen Spannungen durch öffentliche Demonstrationen zu provozieren. So soll der Antifaschistentag der kommunistischen Partei am 29. Juli die Antwort sein auf nationalistische Kraftproben. Bei diesen Demonstrationen, die erfahrungsgemäß mit Blutvergießen enden, tragen nur die beteiligten Arbeiter ihre Haut zu Markte, denn die, die sie zum Protest aufrufen, haben sich noch stets in Sicherheit zu bringen gewußt. Die allgemeine Not wird durch solche Aktionen nicht behoben, aber unabsehbarer Schaden entsteht daraus für die Bevölkerung und für die Republik. Der Faschismus allein rennt vergeblich gegen die Republik an. Erst dadurch, daß Faschisten und Kommunisten **gegen den Bürgerkrieg entsagen, kann die Republik in Gefahr kommen.** Mit dem Faschismus würde die Arbeiterklasse ohne Gewaltanwendung leicht fertig werden, wenn sie einig wäre und mit überlegener Ruhe in geschlossener Disziplin ihre Gegner erzwangt.

Der Bundesvorstand hat wiederholt bewiesen, daß er bereit ist, die gesamte Kraft der Gewerkschaften für die Verteidigung der Republik einzusetzen. Er übermacht auch jetzt sorgsam die Maßnahmen der Kreise, die auf einen Umsturz hinarbeiten und wird jederzeit die erforderlichen Abwehraktionen in Übereinstimmung mit den Gewerkschaftsleitungen einleiten. In dieser Abwehr können uns öffentliche Demonstrationen an einzelnen Orten nicht das mindeste nützen. **Sie bieten im Gegenteil den Feinden der Arbeiterschaft wohlfeile Gelegenheiten zu Ausschreitungen, wie sie in Leipzig und Frankfurt a. M. sich ereigneten, die das Ansehen der Gewerkschaften schädigen müssen.** Wir ersuchen deshalb die örtlichen Gewerkschaftsleitungen auf das dringendste, in der gegenwärtigen Zeit von öffentlichen Kundgebungen unter freiem Himmel Abstand zu nehmen. Auf jeden Fall muß die Ver-

teilung der kommunistischen Partei an solchen Kundgebungen zurückgewiesen werden, und ebenso ist die Teilnahme an kommunistischen Demonstrationen abzulehnen, da die Erfahrung bewiesen hat, daß die Kommunisten sich weder an Gewerkschaftsdisziplin, noch an Abmachungen halten, sondern mit den Faschisten einig sind in der Absicht, den Kampf um jeden Preis vom Zaun zu brechen.

Wohin der Übermut von Kommunisten und Faschisten führt, das zeigt uns das Schicksal von Staat und Gewerkschaftsbewegung in Italien.

Dehalb lehnt jede Gemeinschaft mit den Aktionen der Kommunisten ab! Haltet gewerkschaftliche Disziplin! Stärkt die Reihen der Gewerkschaften!

Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Graßmann.

Soziales Recht • Arbeiterversicherung.

Am die Erhöhung der Krankentageleistungen.

Die Währungsnotkatastrophe der letzten Zeit bedeutet den Tod der deutschen Sozialversicherung, wenn nicht Mittel und Wege gefunden werden, um auch hier der Entwertung der Leistungen der Sozialversicherung dadurch entgegenzuarbeiten, daß auch sie gleitend gestaltet werden. Bisher bedeutete die Beitragszahlung der Versicherten eine bequeme Steuereinnahme für den Staat, der mit der Ausgabe von immer größeren Mengen Papiergeldes das Vermögen der Sozialversicherungsträger enteignete. Die Ausgaben, die das Reich bei der Durchführung des Notstandsmaßnahmenengesetzes für Sozialrentner hat, wiegen entsetzt nicht die Einnahmen, auf die durch Papiermarkentwertung der Staat aus den Beiträgen der Versicherten in der Sozialversicherung hat. Es ist dringend notwendig, daß auch diese Seiten der unbeschränkten Papiergeldausgabe näher beleuchtet werden. Die armen Rentempfänger der Sozialversicherung werden durch die Papiermarkentwertung auf den Aussterbeetat gesetzt. Denn was soll heute ein Arbeitsunfähiger mit dem paak Mark Unterstützung machen, die er erhält? Selbst diejenigen, die gezungen sind, einige Wochen krank zu feiern, werden mit dem Hungertode bedroht, da sie mit dem Krankengeld, das sie heute erhalten, unmöglich auskommen können. Hier brauchte aber das Elend nicht so schwer zu sein, denn es ließen sich auch heute höhere Leistungen der Krankentageleistungen zahlen, wenn nicht die Bestimmungen über die Grundlöhne, nach denen die Krankentage ihre Leistungen bemessen, so gestaltet wären, daß es jedesmal einer Verordnung des Reichsarbeitsministers, welche der Zustimmung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags und des Reichsrats bedarf, um sie der inzwischen eingetretenen Geldentwertung gemäß anzupassen. Wenn eine Verordnung auf diesem Wege zustande kommt, entspricht sie längst nicht mehr den wirklichen Verhältnissen. Mit der Forderung, daß als Grundlohn zur Bemessung der Krankentageleistungen der durchschnittliche Arbeitsverdienst bestimmt wird, wird deshalb geradezu eine unumgängliche Notwendigkeit vertreten. Unser Verband hat bereits mehrmals diese Forderung erhoben. In einer Eingabe, die am 28. Juli an den Reichsarbeitsminister gerichtet worden ist, und deren Wortlaut wir nachstehend folgen lassen, wird sie erneut gestellt:

„In Anbetracht dessen, daß nach den bisherigen Erhöhungen der Höchstgrenzen der Grundlöhne in der Krankenversicherung es unmöglich ist, das Krankengeld und die sonstigen Leistungen der Krankentage so zu bemessen, daß bei den heutigen Teuerungsverhältnissen ein Krankentageverdienst mit seiner Familie auch nur im bescheidensten Maße sein Leben fristen kann, möchten wir den Herrn Reichsarbeitsminister dringend ersuchen, die Höchstgrenzen der Grundlöhne jetzt mindestens wöchentlich zeitgemäß zu erhöhen und weiter dafür einzutreten, daß diese Höchstgrenzen gleitend gestaltet werden. Dies kann geschehen, wenn als Grundlohn zur Bemessung der Krankentageleistungen der durchschnittliche tägliche Arbeitsverdienst bestimmt wird.“

Begründung:

Bei den heutigen Teuerungsverhältnissen hält es schwer, daß ein gesunder Arbeiter, der im Arbeitsverhältnis steht und seinen Lohn bekommt, für seine Familie den Lebensunterhalt bestreiten kann. Wie sollte ein Krankentageverdienst mit einem Krankengeld, das nur einen geringen Bruchteil seines Arbeitsverdienstes ausmacht, auskommen können. Wenn er nicht verhungern will, so muß er sich an die Armenfürsorge wenden. Andererseits werden die Krankentage in ihrem Bestehen bedroht, wenn der Grundlohn niedrig ist; denn die Kosten für die Sachleistungen, die die Krankentage zu gewähren haben, steigen mit der allgemeinen Preissteigerung. Soll daher die ganze Krankenversicherung in nächster Zukunft nicht in Frage gestellt werden, so müssen die Grundlöhne erhöht werden, damit auch die Einnahmen der Krankentage steigen und diese die höhere Leistungen zahlen können.“

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund. Betrifft Zuschriften an die Redaktion.

Es liegen uns eine große Menge Zuschriften vor, die teilweise druckreif sind und auf ihre Veröffentlichung warten. Dadurch, daß wir unsere Zeitung nur zweiseitig drucken können, wurden dieselben zum weit größten Teil zurückgestellt und können kaum in nächster Zeit veröffentlicht werden, schon deshalb nicht, weil sie veralten. Wir bebauern dieses außerordentlich, aber die Verhältnisse sind eben härter als unser Wille. Wir bitten um Nachsicht. Soweit die Zuschriften anlässlich des Aufschlusses in Frage kommen, auch von den kommunistischen Mitgliedern liegen einige vor, werden wir in nächster Zeit zusammenfassend in einem Artikel dazu Stellung nehmen. — Trotz der zweiseitigen Zeitung ersuchen wir in der Berichterstattung über wichtige Vorkommnisse nicht zu erzähmen,

Die Zahlreiche Notwendigkeit

Am 16. Juli 1922 ein rühmliches Mitglied des Kameraden...

Selbstmord auf der Zeche Gelsenbaum

Am 28. Juli mittags gegen 1 Uhr passierte auf dem Schacht...

Dieser Bericht ist aus Kameradenkreisen zugegangen. Das...

In der Mittagsstunde des 28. Juli d. J. sind auf der...

Das Verbandsgebäude soll zerstört werden

Schon bei dem letzten Putsch planten und versuchten aufgeheute...

Die maßlose Hege der kommunistischen Presse ist auf einen Ton...

Wir fragen unsere Mitglieder, auch die kommunistisch gesinnten...

Sachsen, Brandenburg und Thüringen

Die Einheitsfront der mitteldeutschen Bergarbeiter

Am Sonntag, den 29. Juli, fand in Rötzen eine vom Berg...

Der Volksmischler des Bergarbeiterverbandes, Dr. Berg...

Die Aussprache war scharf aber sachlich und der entschlossene...

Die am 29. Juli in Rötzen tagende Konferenz der freigewer...

Die Konferenz ist sich darüber einig, daß innerhalb der ge...

Eine sogenannte kommunistische Fraktion, die vorher getagt...

Damit haben die mitteldeutschen Bergarbeiter klar und ein...

Im Anschluß sprach Erwin Barth (Berlin) über: Die...

Möge dieser erste entschlossene Wille der Bergarbeiter eine...

Verbandsnachrichten

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für...

An unsere Postabonnenten!

Der Verlag sieht sich infolge der unaufhaltsam...

Gewerkschaftsbibliothek Rietze. Die Bücherausgabe findet...

Bericht der Hauptkass des Verbandes

Geschäftsjahr 1922

(Vom 1. Februar 1922 bis 31. Januar 1923.)

Einnahmen

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes An Kassenbestand am 1. Februar 1922, Beiträge, Eintrittsgelder, etc.

Ausgaben

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Vergütungen an Ortsverbände, Vergütungen an Bezirke, Agitation, etc.

Vermögensübersicht am 31. Januar 1923

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Grundstücke (eigene), Darlehen an Kartelle, Verbände und soziale...

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Bestand in den Bezirkskassen, Bestand in den Lokalkassen.

Außerdem in der Bezirkskasse Saarbrücken 1357 098,31 Franken.

Vorliegende Abrechnung wurde mit den Belegten, Büchern und...

Sielesfeld, den 22. April 1923.

Für den Vorstand: Friedrich Waldheder.

Für den Kontrollauschuß: H. Ramsbed.

Anmerkung zum Kassenbericht

Die langen Zahlenreihen in den Einnahme- und Ausgabeposten...

Eine wesentliche Verschiebung hat die Gesamtausgabe in ihren...

zurückzuführen auf die im Jahre 1922 fällig gestiegenen Fahr...

Die recht hohen Ausgaben für einzelne Positionen zeigen, wie...

Prozentual berechnet verteilt sich die Ausgabe auf die einzelnen...

Table comparing 1922 and 1921 expenditures. Columns: Year, Description, Percentage.

Der Vermögensbestand der Hauptkasse betrug am Jahresabschluss...

Bericht der Firma S. Hansmann & Co.

Bilanz am 31. Dezember 1922.

Table with 2 columns: Aktiva and Passiva. Includes An Kassenbestand, Inventar, Waagwaren, etc.

Gewinn- und Verlustkonto am 31. Dezember 1922

Table with 2 columns: Debet and Kredit. Includes An Abschreibungen, Lohn, Personalverbräuch, etc.

Bochum, den 31. Dezember 1922. Gustav Schreiter.

Geprüft und für richtig befunden.

Bochum, den 31. Dezember 1922.

Der Vorstand: Fr. Waldheder. Der Kontrollauschuß: J. A. Wilhelm Rauermann.

Kameraden, agitiert für den Verband